

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 3. August 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 85

Taylor oder Vernunft?

Dr. Köster, der den Betriebsräten des graphischen Gewerbes in München über das Taylor-System den in Nr. 77 des „Korr.“ vom Kollegen Köhne (Neukölln) kritisch beleuchteten Vortrag hielt, ist kein Buchdrucker. Ein tüchtiger Fachmann kann nicht empfehlen, das Taylor-System mit Hilfe der Betriebsräte im graphischen Gewerbe durch Teilverträge „gründlich zu studieren“. Wissenschaftliche Betriebsführung, das durch Taylor hervorgerufene Schlagwort, hat bestechenden Klang für diejenigen, die eine Schar Mitmenschen für sich und ihre privatkapitalistischen Ziele arbeiten lassen. Als Erfolg 1 des Taylor-Systems wird dem Arbeiter erhöhter Lohn für erhöhte Leistung versprochen, „die der Unternehmer auch gern zahlen würde“. Wer lacht da? Na, alle diejenigen Kollegen, die es sich etwas kosten liehen, während und nach der Lehrzeit durch eifriges Studium von Fachliteratur, Besuch von Schulen und Kursen sowie fleißiges Aßen nach Feierabend im Haus ihr fachliches und sonstiges Wissen zur Höhe zu bringen und mit vollzogener Meisterprüfung den Beweis erbracht haben, daß sie zu den Besten ihres Faches zählen. Die Kollegen sind wohl zu lachen, die auf Grund dieses Beweises vom Unternehmer für ihre höhere Leistungsfähigkeit freiwillig entschädigt werden. Heute ist es unbestreitbare Tatsache, daß der Unternehmer gerade den Höchstleistungsfähigsten am meisten ausbeutet. Bei uns Buchdruckern ist es wenigstens so.

Gewiß ist auch in unserm Gewerbe vieles verbesserungsbedürftig, um den einzelnen Betrieb rentabler zu gestalten, aber durch Einführung des Taylor-Systems wird dies sicher nicht erreicht. Hier kann nur die Vernunft Führer sein. Die heutige privatkapitalistische Betriebsweise ist gegen die Vernunft gerichtet, da die Erzeuger von Werten, die Arbeiter, kaum je viel Anteil vom Wert der Produktion erhalten, um die Bestreitung der notwendigen Lebensbedürfnisse sicherzustellen. Der Familienvater, der dem Staate noch obendrein den künftigen Bürger ernährt und erzieht, läßt dabei am schärfsten. Soll unsre Wirtschaft wieder gesund, d. h. Arbeitsfreunde gemocht werden, muß oberster Grundsatz der Gedanke sein, den erzeugten Wert nicht dem Inhaber zum größten Teil zuzuführen, sondern alle am Betriebe Beteiligten an der Gewinnverteilung gerecht teilnehmen zu lassen. Da nun im privatkapitalistischen Wirtschaftszweig der Einzelbetrieb nur auf Kosten der andern Einzelbetriebe „in die Höhe kommen“ kann, ist die Betriebszusammenlegung aufzustellen, kurz, der Privatkapitalismus auszuschalten. Kollegen Schaeffer hat diesen Gedanken in seiner lehrreichen Schrift „Das Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckergewerbe“ bereits in leicht faßlicher Weise meisterhaft skizziert und kann die mühevollen Arbeit allen Reformisten unserer heutigen Wirtschaft zum Studium sehr empfohlen werden. Daß wir einen Weg „aus dem Holz“ finden werden, dürfte die Abgesandten beider Lager noch in diesem Jahre beweisen, und daß der Wegweiser, den unser „Tarifparlament“ aufstellt, nicht Taylor-System heißen wird, das können wir sicher sein. So sicher wir nun sind, daß die Köhlin Vernunft und nicht der Göhe Taylor unsre Zukunft beherrschen wird, so sicher sind wir auch, daß das Molot der Schaefferschen Arbeit noch in weiter Ferne winkt. Es handelt sich nun darum, was ist Tagesnotwendigkeit, um das heutige Durcheinander unserer Wirtschaft einigermaßen zu ordnen? Vor allem Einteilung der vorhandenen Arbeit auf möglichst alle Berufsangehörigen. Kann die an einem Orte vorliegende Arbeit von den Berufsangehörigen in vier Stunden erledigt werden, dann vierstündig, sind mehr Stunden notwendig, dann entsprechend längere Arbeitszeit, vorausgesetzt, daß es sich nicht lohnt, einen Teil der betreffenden Arbeit auf andere, weniger beschäftigte Orte überzuführen oder von dort brachliegende Kräfte heranzuziehen. Natürlich ist die „fortgesetzte Beschäftigung“ der Arbeitszeit immer unter Zugrundelegung einer Normalarbeitswoche zu verstehen, d. h. das Existenzminimum darf bei vier- oder sechsständiger Arbeitszeit nicht geschmälert werden, bei Überarbeit über die Normalarbeitswoche sind nur entstehende Mehrausgaben zu entschädigen, während die Überstunden selbst auf Verhärtnisarbeiten oder Aufgaben zu verrechnen sind. Daß das Überarbeiten des Normalarbeitstags nur in äußerst dringenden Fällen zu gestalten ist, nebenbei. Der allzeitwichtigste Punkt wäre die Einteilung der Arbeit im Betriebe. Was heute in dieser Beziehung noch gelindert wird, weiß jeder, der ein paar Luhrer Betriebe hinter sich hat. Strafkostenverwendung über Strafkostenverwendung,

selbst in Großbetrieben, wo man eigentlich System in der Verteilung der Arbeiten erwarten dürfte. Da gibt es noch Betriebsleiter, Oberfaktoren, Obermaschinenmeister und Faktoren, die es nur dem Namen nach sind, die von rationaler Arbeitseinteilung aber keine Ahnung haben. Um nur ein Ubel herauszugreifen, das am meisten anzutreffen ist: Unfachgemäßes Ausräumen in der Seherei. Materialhämmer bringen es fertig, den Betrieb um ungezählte Arbeitsstunden, die die Arbeitskollegen nutzlos mit Materialhämmer zubringen, zu betrügen. Der Materialhämmer, der oft von „Luchsfaktoren“ noch begünstigt wird, ist ein Schädling des Betriebes und gehört an eine Arbeit gestellt, die ihm das Samstern umwölkt macht. Raumangel verbietet ein näheres Eingehen auf alle die Sünden, die den Betriebsräten dankbare oder auch undankbare Arbeit geben. Was der Verbandsvertrauensmann bisher nicht durfte, weil ihm sonst das Recht dazu fehlte, muß jetzt der Betriebsrat unbedingt schaffen. Die Durchdringung des Betriebsrätegedankens in den kommenden Abmachungen mit unsern Unternehmern ist ein äußerst wichtiger Punkt. Dem vernünftigen, vom Autoritätsdusel freien Betriebsleiter oder Faktor kann es doch nur angenehm sein, wenn ihm ein Stab der tüchtigsten Kollegen, denn nur diese können als Betriebsräte in Frage kommen, bei sich hat. Die Betriebsräte sind so rational wie nur irgend möglich zu gestalten. In neuzeitlichen Betrieben muß jede Autoritätsdusel strend wirken, besonders dann, wenn sich der Autoritätsmensch weniger auf Fachkenntnis, als auf Einbildung stützt. Leider sind diese Fälle noch sehr zahlreich. Die „Hüftgroschen-über-Minimum-Faktoren“ bilden ein Kapitel für sich. Statt Taylor-System sollten unsre Unternehmern das Prinzip „Freie Bahn dem Tüchtigen“ einführen, der Widerstand unserer ganzen Wirtschaft ruht darauf. Freilich ist es schwer, den „Herrn-im-Holz“-Standpunkt um die Ecke zu bringen; aber die Betriebsräte müssen sich durchsetzen, unsre ganze Zukunft hängt davon ab. Aber nicht allein dem Unternehmer und seinen Handlangern gegenüber muß der Betriebsrat durch wirklich sachgemäße Verbesserungsvorschläge sich Anerkennung verschaffen. Auch unter uns Kollegen gibt es genug „faule Köpfe“, die auf Kosten ihrer Mitarbeiter „Gummi ziehen“. Es gibt eine ganze Anzahl Kollegen, die besser täten, sich nach anderer Beschäftigung umzusehen, da sie trotz eindringlicher Ermahnung von allen Seiten weder Zeit noch Energie aufbringen können, ihre minimalen Kenntnisse auszubauen. Auch hier muß der Betriebsrat rücksichtslos durchgreifen, denn im sozialistischen Staate können bewußte Drohnen von unten so wenig Rücksicht beanspruchen wie solche von oben. Das Drohnenamt oben und unten auszuschalten, ist erste Grundbedingung auf dem Wege zur Sozialisierung. Auch hier können wir Buchdrucker wieder Pionierarbeit leisten und sollte uns das Gefühl der Unvernunft wenig stören. Vernunft, nicht Taylor, soll unser Wegweiser ins Zukunftsland sein.

Breslau.

Willi Rippel.

Gedanken zur Meisterprüfung

„Freie Bahn dem Tüchtigen!“ In der freien Deutschen Republik sollte man die hingemäße Verwirklichung dieses Ausspruchs des ehemaligen Reichskanzlers Bethmann-Hollweg eigentlich für etwas Selbstverständliches halten. Sieht man indes von einigen Ausnahmen im öffentlichen Leben ab, in denen es einige Männer der Arbeit — nicht zuletzt auch Männer aus den Reihen untrer Berufskollegen — bis zu den höchsten und verantwortungsvollsten Regierungs- und Verwaltungsposten gebracht haben, so hat der Tüchtige auf der freien Bahn im Berufsleben, ehe er in eine angemessene Lebensstellung eintritt, gerade in unserm Berufsleben mancherlei Hindernisse zu überwinden.

Einige in einer größeren Reichsanstalt beschäftigte, von der Handwerkskammer in Berlin geführte Meister hatten bei der zukünftigen Drehkonfession den Antrag gestellt, für die Befehung gehobener Stellen im Betrieb und in der Verwaltung nur Meister mit der Berechtigung zur Ausbildung von Lehrlingen zuzulassen. Mit der Maßnahme sollte jeder ungerade Besorgung ungeeigneter Personen vorgebeugt werden. Der Erfolg des gestellten Antrages war zwar nicht eine ganz ablehnende Antwort, doch kann man mit Recht sagen, sie ist gewissermaßen mit Schwächlingen getipelt, auch stellen die Antragsteller bei einigen Herren in Anagnade.

Es wird darin unter anderem ausgeführt, daß in jenem Betriebe nicht allein die Meisterprüfung für die Befehung

leitender Stellen maßgebend ist, sondern daß auch auf die charakteristischsten Eigenschaften des betreffenden zu Berücksichtigen zu achten ist. (?)

Da mir seit Anfang 1919 eine Beförderung eines Meisterprüflings nicht bekannt wurde, so ist wohl anzunehmen, daß man in diesem Betriebe nur auf die charakteristischsten Eigenschaften den Hauptwert zu legen scheint und solche, die durch Schulung sich Kenntnisse zu verschaffen suchen, zurücksetzt. In dieser Stelle fällt mir gerade ein kleiner Vers ein, der vielleicht hier nicht unerwähnt bleiben darf und so recht unser heutiges Berufsleben in drastischer Weise schildert:

Was des Geschickes milde Hand
Reichers Gaben gönnte,
Dem schenkt sie Geld, Gemüt, Verstand
Und mancherlei Talente;
Doch wenn die gütige Natur
Ausnehmend ist gewogen,
Dem gibt ein großes Maul sie nur
Und larve Elendbogen —

Es ist also für einen Vorwärtstrebenden ein Redetalent Voraussetzung, denn wie soll denn die Lustlosigkeit werden, wenn keine Prüfung mehr nötig ist.

Der Kollege W. in Nr. 72 des „Korr.“ schildert in seinen „Gedanken zur Meisterprüfung“ so recht trefflich die Methoden zur erfolgreichen Ablegung der Meisterprüfung im Buchdruckergewerbe, unterläßt es aber, über die Erfolge, die eine solche Prüfung bietet, und über die Ursache der Interesslosigkeit im allgemeinen zu berichten.

Viele Jünger der schwarzen Kunst waren bestrebt, ihre Kenntnisse, die sie in Volksschulen erworben hatten, in ihren freien Abendstunden zu erweitern, speziell in fremden Sprachen, auf technischen Gebieten und im allgemeinen Wissenswerten. Vielen ist es ja auch gelungen, das nicht in den Volksschulen Gebotene durch Fleiß nachzuholen, viele räumten aber auch vorzeitig das Feld. Dies lag zweifellos an der Interesslosigkeit der Kollegen. Das Interesse verlor sich, weil Kenntnisse, durch Mühe und Fleiß erworben, von der Allgemeinheit nicht anerkannt und auch meist nicht entlohnt wurden. Erworbenene Kenntnisse sollten doch gewissermaßen ein materielles besseres Fortkommen verbürgen, vom Besten der Familie und besonders der Kinder, denen man eine bessere Schulbildung angehen lassen möchte. Dies wären doch zum mindesten die Grundbedingungen, um durch Mühe und Fleiß zu einem Ziele zu gelangen, das erstrebenswert genug erscheint. Da es nun allgemein bekannt ist, daß Kenntnisse jetzt keine wesentlichen Vorteile bringen, wie dies ja auch aus der obengenannten Verfügung des Reichsbetriebs hervorgeht, und einem jungen Kollegen, der die Meisterprüfung mit gutem Erfolg ablegte, gesagt wurde, daß er zu jung wäre, um bei Befehung einer leitenden Stellung in einem größeren Hause berücksichtigt zu werden, so ist eine gewisse Interesslosigkeit und ein Erhalten der Vernügelte wohl zu verstehen.

Der Kollege W. verlangt auch von einem Buchdrucker bei der Ablegung der Prüfung eine bessere Beherrschung des Theoretischen wie in andern Berufen, und mit Recht. In allen größeren Städten Deutschlands hat ja die Bildungswirtschaft eine derartig hohe Stufe erreicht, wie sie wohl nirgends in den andern Staaten Europas zu finden ist. Hier ist es nur nötig, die richtige Auswahl des zu Erlernenden zu treffen.

Im folgenden möchte ich in groben Zügen alles stellen, was von einem Prüfling verlangt wird. Die völlige Beherrschung des Technischen, Druck- und Satzgebietes, ist wohl selbstverständlich. Auch wird vom Prüfling gefordert, daß er in allen Reproduktionsverfahren bewandert ist, im Kaufmännischen rechtliche Erfahrung besitzt, über die Krankenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherung kleine Vorträge allgemeinen Wissens halten kann, mit den Bundesratsvorschriften gut vertraut ist und in der Geschäftshunde, wie Gewerbeordnung, Gewerbevertragsgesetz, Presse- und Verlagsrecht, Urheberrechtsgesetz, Handelsrecht und Wechselordnung, ausgiebig Auskunft erteilen kann. Auch ist es nötig, daß sich der Prüfling mit dem Volksgesetzbüchlein, den tariflichen Zusammenhängungen und vor allem mit dem Lohn- und Preisstatistik gut vertraut macht. Verlangt wird auch die Kenntnis des Betriebsrätegesetzes aufs gründlichste.

Dies sind wohl im großen und ganzen die Attribute der Kenntnisse eines Meisterprüflings; gewiss keine zu geringe Leistung, aber durch Fleiß und Arbeit zu erreichen. Es ist zu empfehlen, daß Kollegen, die sich der Prüfung schon unterzogen und dadurch die Beherrschung dieser Gebiete bewiesen haben, denjenigen strebsamen Kollegen, die ein wirkliches Interesse an der Sache haben, in allen Zweigen gründlichen Unterricht erteilen, sei es kostenlos oder gegen

Erstattung der Unkosten. So viel idealistisches Interesse, Aufopferung und Liebe zu den strebsamen Kollegen sehe ich bei den geprüften Meistern als selbstverständlich voraus. Gewollt nicht das Ideal verloren geht, unsre Kollegen gegenseitig zu unterstützen und konsekwant zu lernen, werden wir auch bald wieder die Lücken in den Reihen der Tischler, die infolge des Weltkrieges dahingingen, mit neuen strebsamen Kräften füllen können, und eine neue junge Generation wird unsre Kenntnisse noch weiter überfließen können.

Als Schlusswort möchte ich noch allen Schülern zu rufen, sich nicht durch materielle Unstimmigkeiten beeinflussen zu lassen, sondern es als ein Ideal zu betrachten, reichliche Kenntnisse zu erwerben, und ein angelegentliches Werk nie vorher aufzugeben, sondern bis zum Erlöse auszuhalten, so werden sich die erworbenen Kenntnisse in der Praxis doppelt erfolgreich gestalten, und werden solche zur Zeit auch nicht materiell gewertet, so haben wir doch dem Ideale, der Allgemeinheit nützlich zu sein.

Berlin. Gck.

Man kann ohne weiteres wohl das unterstreichen, was der Kollege W. in seinem Artikel in Nr. 72 schreibt, aber hat man denn die Gewilligkeit, das man nach jahrelanger Schule und endlich bestandener Prüfung eine Stellung erhält? Ich selbst habe in Berlin die erste Handwerkerkurse für Typographen zwei Jahre lang besucht; außerdem habe ich noch zwei Privatkurse durchgemacht, kurzum, zwei Jahre lang habe ich mir keine freie Minute gegönnt, mich nur ganzmehrer bevorstehenden Meisterprüfung gewidmet. Wer in Berlin die Meisterprüfung abgelegt hat, weiß, was das bedeutet, es ist schon mehr ein Doktorexamen. Die Prüfung dauerte 14 1/2 Stunden, von morgens 7 bis abends 9 1/2 Uhr, als ich dann um 10 1/2 Uhr nach Hause kam, war ich vollständig erschöpft. Außerdem war noch an einem besonderen Abend die praktische Prüfung in der Druckerei eines Prüflerers, sie dauerte drei Stunden. Ich habe dann glücklich die Prüfung mit „Gut“ bestanden. Also in Berlin kann niemand die Meisterprüfung mit einem vier- oder sechsständigen vorhergehenden Kursus ablegen. Bisher konnte ich noch keine passende Stellung finden, weil sehr viele, ich möchte fast sagen die meisten Meisterstellen von Nichtmeistern besetzt sind. Daher bin ich der Meinung, daß da eine Änderung von der Organisation oder Handwerkskammer geschaffen werden müßte, damit nicht jeder Beliebige eine Meisterstellung annehmen darf. Ein Beispiel: Wo ich jetzt als erster Maschinenmeister tätig bin, ist der Faktor entlassen worden, seine Stellung übernahm ein Seher, der schon jahrelang im Betrieb tätig ist. Er ist in seinen Leistungen ein Durchschnittsführer und hat keine Meisterprüfung abgelegt; auch fehlt ihm die Berechtigung zur Anleitung von Lehrlingen, aber er ist energisch, ein guter Aufpasser und Antreiber, das ist gewiß für den Chef die Hauptsache! Was sollen die drei dortstehenden Lehrbänke wohl lernen, nach dem Prinzipal kein Fachmann ist.

So ist es in vielen andern Betrieben auch, schon weil die Druckereibesitzer einen derartigen Faktor nicht so hoch zu entlohnen brauchen. Warum kann das nicht so eingerichtet werden wie bei den Geheilen? Ein Geheilte, der nicht den Nachweis regelrecht erlangt, wird nicht in den Verband aufgenommen, kann vom Arbeitsnachweise keine Stellung nachgewiesen bekommen. Genau so müßte jeder Faktor oder Obermaschinenmeister nur vom Faktorenbund aus eingestellt werden und dieser Faktorenbund nur wieder Mitglieder aufnehmen, die nachgewiesen können, daß sie die Meisterprüfung abgelegt haben. Die älteren Kollegen, die diesen Nachweis nicht erbringen können, weil zu ihrer Zeit diese Einrichtung noch nicht bestand, müssen wenigstens die Berechtigung zum Anleiten von Lehrlingen haben, und nachweisen, daß sie schon als Faktor tätig gewesen sind. Wenn diese älteren Kollegen einmal ausgefordert sind, dann dürfen nur noch Kollegen eine leitende Stelle bekleiden, die die Meisterprüfung abgelegt haben, und nicht, daß ein Chef einen beliebigen Seher resp. Drucker als Meister bestimmt. Wird, die die Prüfung abgelegt haben, die uns die Vorbereitung zu manche Kopfschmerzen und Geld gekostet haben, müssen nach langer Arbeit auch den Lohn dafür haben, und können nicht bloß zusehen, wie andre die Faktorenrstellen besetzen. Schon im Interesse der heranwachsenden Lehrlinge müßten nur Faktoren eingestellt werden, die durch Ablegung der Meisterprüfung die Befähigung und Berechtigung zum Anleiten von Lehrlingen erworben haben. Dieses Mittel wäre für die vorwärtsstrebenden Kollegen ein Ansporn, denn viele sagen sich, wozu soll ich lernen und Geld ausgeben, man bekommt ja nachher ohne Meisterprüfung auch eine Stellung. Also, Kollegen, erfindet einen Weg, um endlich einmal auf diesem Gebiet in den Buchdruckereien Revolution zu machen.

Probleme der Sozialisierung in Theorie und Praxis

Kapitalismus und Sozialisierung

In seiner Schrift über die neue Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe sagt Kollege Schaeffer u. a., daß der Übergang von der privatkapitalistischen zur berufsgemeinschaftlichen Produktionsstufe nach Möglichkeit auf dem Wege freier Vereinbarung und entgeltlichen Abweisung aller Zwänge erfolgen sollte. Damit wird allerdings die in unsern Tagen leider ja heillos, aber völlig verkehrte Gewaltpolitik in der Frage der Sozialisierung verwerfen. Ein ihre Stelle treten die leitenden Gehe-

punkte des allgemeinen Interesses aller Menschen, die bisher an der Produktion beteiligt und durch ihre Berufsorganismen im Gewerbe vertreten sind. Im Prinzip will Schaeffer also auch dem Privatkapitalismus im Buchdruckgewerbe die plutokratische Giffzähne ausbrechen. Wenn wir erkannt haben, daß der Privatkapitalismus nur einmal der Erlöser des Glückes ist, muß er sich freiwillig opfern; kann er oder will er dies aber nicht, weil seine Vertreter noch ungenügend in der neuen Zeit orientiert sind, muß er auf dem Vertragswege langsam und sicher abgebaut werden. Das kann nur durch eine Sozialisierung des Kapitalismus gelingen. Dies um so mehr, weil heute eine sofortige Vollsozialisierung unserer Wirtschaft theoretisch wie praktisch als unmöglich beurteilt werden muß. Eine sofortige Vollsozialisierung wäre nur in einem einheitlichen erblichen Milieu spruchreif, von dem wir noch sehr weit entfernt sind; ja wohl überhaupt nie errachen werden.

Versuchen wir uns daher Klarheit zu vermitteln, was gelingen kann, um die läufige Macht des Privatkapitalismus zu brechen. Die Finanzgesetzgebung steht z. B. die große Vermögensabgabe vor, was eine gewaltige Umgruppierung des Kapitalismus zur Folge hat. Viele Vermögensabgabe wird teilweise in barem Gelde, zum Teil in Anleiheanleihen erfolgen. Die Wirkung wird fiskalischer Charakter haben, indem die Schuldenlast, Reichsbedarf und Wiedergutmachung unsern Feinden gegenüber verringert werden. Es werden auch Vermögensobjekte beim Vater Staat zusammenströmen, wie Aktien, Geschäftsanteile, Obligationen, Hypotheken, Grundstücke usw., womit die junge Republik nicht viel anzufangen wissen dürfte. Das Sammeltarium von Werten wird den Finanztechnikern und Reichsbeamten große Kopfschmerzen bereiten.

Die Größe der Staatsvermögen, soweit es das Wiedergutmachungskonto nicht ausfüllt, weist mit großer Deutlichkeit auf die Gründung einer gesellschaftlichen Bank (Volksbank) im Geiste der Reichsbank hin. Dieses Unternehmen müßte allerdings auch das Recht erhalten, neben solchen Werten, die aus der Vermögensabgabe herankommen, auch andere frei zu erheben. Gelingt es, die Verwaltung einer solchen Bank demokratisch und unbürokratisch durchzuführen, so dürfte bald an die Stelle des fiskalischen Prinzips in der Verwaltung bzw. Verwaltung der Millionenwerte das sozialistische Prinzip treten. Das Kräftebeden des zukünftigen Volksvermögens wäre die erwählte Gesellschafts- oder Volksbank, die nicht unter Aufsicht des Staates, sondern unter Kontrolle eines Verwaltungsrates steht, der aus Vertretern aller Schichten der sämtlichen Gliedstaaten des Reiches zusammengesetzt sein sollte. Alle Ämter und Berufe müßten berechtigt sein, geeignete Vertreter zu stellen. Das demokratische Prinzip muß in der Verwaltung gewahrt bleiben.

In der geschichtlichen Form wäre es möglich, das plutokratische Kapital zu demokratisieren. Die dem Staate gegebenen Ämter werden in kleinen Stücken, allmählich und nach Bedarf in das Publikum abgeteilt, um in denjenigen Fällen, wo Bargeld notwendig gebraucht wird, Gold und Metall schnell flüssig zu machen. Besteht kein Mangel an Geld, können die Vermögenswerte in der Gesellschafts- oder Volksbank verbleiben. Das Bankinstitut könnte sich elastisch betätigen und der Volkswirtschaft dort, wo es notwendig erscheint, hilfreich beistehen. Das Unternehmen wird zwar gesellschaftlich geleitet, bewegt sich aber im übrigen freiwirtschaftlich. Eine derartige Kapitalkonzentration muß mit der Zeit, und das ist außerordentlich wichtig, auf dem gesamten korrupten Geld- und Emissionsmarkt einen veredelmenden, beherrschenden und kontrollierenden Einfluß ausüben. Die großen Privatbanken erhalten nunmehr in der Volkswirtschaft weniger Einfluß zum Vorteil der gesamten deutschen Volkswirtschaft und deutschen Arbeit.

Bei vernünftiger Sozialisierung findet das Kapital des Unternehmertums zunächst keineswegs eine völlige Auflösung, auch wird das Betriebskapital nicht zerstört. Nur die Bestreben an den Unternehmungen werden aufgehoben, soweit hauptsächlich das plutokratische Großkapital eine Rolle spielt. Das mittlere und Kleinvermögen braucht bei dieser Aktion nicht so scharf angefaßt zu werden. Auf dem Wege findet also lediglich eine Umwidmung des Großkapitals zugunsten der kleineren Kapitalien statt. Wenn in diesem Zusammenhange sich ein gutes System in der Einkommen-, Vermögens-, Luxus- und Erbschaftsteuerergänzung durchzieht, kann vermieden werden, daß nach Abtragung der alten Plutokratie nicht langsam wieder eine neue und gleichgefahrliche ersticht. Die Demokratisierung des Kapitals erreicht demnach das Ziel, durch neue Zusammenfassung der kleinen Kapitalien in der Gesellschafts- oder Volksbank für Industrie, Gewerbe und Handel die Spaltung der Produktion zu ermäßigen. Das bedeutet eine friedliche Lösung der Kluft zwischen Kapital und Arbeit.

Es gibt aber noch einen andern Weg. In dem Buche, das John de Sian geschrieben hat unter dem Titel „La femme et le nouvel état social“ sind die Richtlinien dazu gegeben. Das Buch hat mich begeistert, darum will ich die Hauptgedanken an dieser Stelle zum Vortrage bringen. Das Buch, in dem der Mensch im Mittelpunkt des neuen sozialen Staates steht, will alles Kapital, das direkt oder indirekt in der Verwendung von Arbeit angelegt oder dazu gebraucht ist, genau feststellen, um die Basis eines Mindesteinkommens für Kapital, einer Mindestlohnung für Arbeit und der allmählichen und vollständigen Sozialisierung alles Kapitals und aller Arbeit zu finden. Das Mindesteinkommen der Arbeit muß die lokalen, nationalen und Weltarbeitsverhältnisse berücksichtigen, während für das Kapital, das den tatsächlichen Wert der Produktionsmittel und der Ausgaben einfließt, mit 4 Proz. pro Jahr angefaßt wird. Die höchsten Gehalts müssen wie folgt verteilt werden: a) 25 Proz. an die Arbeiter, die in den sonstigen Unternehmen angestellt

sind, nach dem Verhältnis, in dem die Löhne, das Gehalt oder das Salär jedes einzelnen zu der Gesamtsumme der jährlich ausgezahlten Löhnen und Sälären stehen. Das schließt jeden, der in einem gegebenen Unternehmen für nur wenige Stunden oder Tage im Jahr angestellt wäre. b) 25 Proz. an die registrierten Inhaber der Kapitalzerfällnisse nach dem Verhältnis ihrer Anteilnahme. Die Zahlungen an Kapital sowohl wie an Arbeit sind durch Steuern leichter Art zu befreien. c) 50 Proz. an einen nationalen Fonds, der zur Sozialisierung des Unternehmens verwandt werden soll. Der gesamte Reingewinn jedes Unternehmens ist bei einem staatlichen, öffentlichen Verwalter zu hinterlegen, um von ihm für Kapital und Arbeit als direkt interessierte und für das Volk als Gesamtheit verwaltet zu werden. Die Hinterlegung könnte, das sei bei der Gelegenheit gleich eingeschaltet, bei der schon oben erwähnten Gesellschafts- oder Volksbank erfolgen, die auch die Organisation der Berufsgemeinschaft zu finanzieren hätte.

Damit dieses System auch seinen größten Dienst der Arbeit und der Gesellschaft leisten könnte, wäre es erwünscht, daß die Arbeiter einen großen Teil ihres Reingewinns dem Kaufe des Kapitals widmen, statt ihn auszuhäulen oder auszugeben. Das Aktienkapital könnte durch irgendwelche Abschüsse oder durch irgendwelche aus Reingewinnen aufgespeichereten Reserven nicht vergrößert werden; wäre dies nämlich erlaubt, würde es ein Beliebiges außerordentlich Reserven veranlassen und damit das Einkommen der Arbeit herunterschieben.

Da dieses System den Streiks und jederlei industrieller Desorganisation ein Ende setzen, würde es den Gewerkschaften frei, die Fonds, die sie bereits für Lohnkämpfe angeschlossen haben, der Erziehung und andern sozialen Zwecken zu widmen.

Die Arbeiterorganisationen in allen Nationen sollten verbunden werden und ihr Bund könnte in jährlichen Versammlungen die Richtlinien bestimmen, an denen ein Viertel des Fonds c) für gemeinschaftliche, erbsicherliche und soziale Reformen auszugeben wäre.

Da die Interessen jeder Arbeit in allen Nationen identisch sind, und da alle, die mit ihren Händen und Hirnen nützliche Arbeit leisten, zusammen zu einem unversehrten Ziele voranzustreben sollten, so sollte eine von den universitären Begleiterseinerungen dieser Bewegung ein UNPARLAMENT der Arbeit sein, das vierteljährliche Sitzungen in den verschiedenen Hauptstädten der Welt abhalten, seine eignen Ministerkonferenzen und technischen Räte schaffen, seine Sachverständigen und Spezialisten anstellen und umfassen die Weltbestimmungen fassen sollte. Diese sollen in den verschiedenen nationalen politischen Parlamenten als Grundlagen aller Gesetzgebung, die Arbeiter betrifft, unterbreitet werden.

Vom 25. Jahr an — nach Annahme dieses Systems in jeder Industrie und in jedem Gewerbe — würden die Zahlungen des öffentlichen Verwalters um 2 1/2 Proz. pro Jahr in der Rubrik a) und b) vermindert (1 1/2 Proz. von jeder der beiden Zahlungen) und dem Fonds in Rubrik c) zugeführt.

Soll diese das Total von 100 Proz. erreicht, so würden die ganzen späteren Zahlungen an den Verwalter verwandt werden, um alles, was noch von ausstehenden Kapitalzerfällnissen übrig geblieben sein mag, zurückzugeben; und so wäre das Privatvermögen an allen Betrieben aus den Händen von Kapital sowohl wie Arbeit genommen und tatsächlich sozialisiert.

Die Kontrolle über Bankgeschäfte und Kredit ginge ebenfalls aus den Händen derer, die jetzt das Leben der Welt beherrschen, in deren Hände über, die die Weltindustrie besitzen und betreiben sollten. Gold nähme den Platz ein, der ihm als Ware zukommt, genau wie Eisen, Holz und Kohle, d. h. es hörte auf der Welt zu sein, vor dem die Menschheit in Bewunderung und Andacht steht.

Die hier dargelegten Gesichtspunkte können nach der einen oder andern Richtung dazu beitragen, wieder bessere Verhältnisse im Produktions- und Arbeitsprozeß zu schaffen. Praktische Durchführungen auf eine Brücke von der gegenwärtigen Ausbeutung, Gewalt und Anarchie zu einer im Sinne Goethes liegenden sozialen Gemächtheit, die das Beste und Vollkommenste für die Menschheit erstrebt. Was obdelle, was ein Volk leisten kann, ist überschwerliche Arbeit, aufgebaut auf Lernen und Bildung, ist die technische Beherrschung der Naturkräfte, durchweht von dem Geiste der Gemeinshaftlichkeit, gegründet auf den kategorischen Imperativ der Pflicht. Diese Grundgedanken wahrer, sozialistischer Demokratie dürfen wir auf keinen Fall verfallen, sie vielmehr unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, ist die höchste Pflicht nicht nur der Arbeiter, sondern des ganzen deutschen Volkes. Paul Otto George.

Storrespondenzen

Berlin. Die am 15. Juli in der „Brauerei Königsstadt“ abgehaltene Vertrauensmännerversammlung war außerordentlich stark besucht. Kollege Ullrich führte einleitend aus, daß diese Versammlung sich notwendig mache, weil der Ausführung der Beschlüsse der letzten Gaugeneralsversammlung (siehe Nr. 81 des „Storr.“) Schwierigkeiten erwachsen, die dem Geiste der Organisation und der Solidarität unter den Kollegen zuwiderstehen. Eine Reihe eingelaufener Proteste gegen die gesagten Beschlüsse müßten der Prüfung unterzogen werden, auch soll den Vertrauensleuten selbst Gelegenheit gegeben werden zur Kritik dieser Beschlüsse. Das eigentliche Referat hierzu hatte Kollege Zwiener. Die letzte Gaugeneralsversammlung unseres Gaues hat sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit befaßt und Beschlüsse ergiebt, die den

Arbeitslosen zwar ein Opfer auferlegen, aber unsern arbeitslosen Kollegen gegenüber eine Solidaritätsbündelung bedeuten, die in ihrer Auswirkung nur die praktische Folge der in den elf Bezirksversammlungen zur Annahme gelangten Beschlüsse seien. Diese Anteilnahme an dem Schicksal unser arbeitslosen Kollegen entspränge dem Geiste der am 6. Juli von den Erwerbslosen, Arbeitern und Angestellten veranstalteten Kundgebung in Lustgarten, wo viele Tausende einmütig den Willen bekundeten, in einer Resolution Maßnahmen zu fordern, damit gehend, den Arbeitslosen mit Rat und Tat zu helfen. Wenn 200 Betriebe verführt arbeiten im Interesse wahrer Arbeitslosigkeit, dann ist es ein hohes Maß von Opferwilligkeit, dem sich die vollbeschäftigten Kollegen nicht verschließen dürfen. Das Opfer von 2 Mk. Ertragssteuer für jeden unter 300 Mk. und von 5 Mk. über 300 Mk. verdienenden Kollegen wiege das Schicksal der arbeitslosen Kollegen bei weitem nicht auf. Wir können uns nicht damit abfinden, daß wir dem Staate die Verpflichtung für den Unterhalt der Opfer unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auferlegen, während unsere Kollegen der größten Not ausgeliefert sind. Hier muß die Organisation helfend eingreifen. Die eingereichten Proteste gegen die Ertragssteuer seien dem beliebigen Dispositum unsern Kollegen nicht würdig und erst recht nicht zu verstehen, wo es sich um unsre eignen Arbeitslosen handelt. Das gleiche gilt für die Proteste über die Besteuerung der Überstunden mit 50 Proz. Wie sehr hier das Solidaritätsgefühl abhanden gekommen, das bezeugt die Tatsache, daß in einigen Druckeretten durch Überstunden Wochenlöhne erzielt wurden in der Höhe von 748, 712, 679, 626, 635, 562, 561, 500 Mk. („Kofe Fabne“!) In einer andern Druckererei sei mit dem Lohne von 916 Mk. der Rekord erzielt worden. Der Gausvorstand sei mit schärfsten Maßnahmen hiengegen vorgegangen. Es sei zu verstehen, wenn sich die Erbitterung unser arbeitslosen Kollegen so solcher Auswüchse auf das höchste stelze und eine starke Besteuerung der Überstunden gefordert wird. Die wirtschaftliche Krise ist selber im Steigen, die Zahl der Arbeitslosen im Gau ist auf über 700 gestiegen und kein Anzeichen ist vorhanden für ein Abflauen. Die Generalversammlung war autonom, die Beschlüsse können nicht umgestoßen werden, es kann sich nur um eine Kommentierung derselben handeln. (Allseitiger Beifall.) Die Diskussion war eine überaus rege. Die zahlreichen Redner stimmten dem Referenten mehr oder minder zu. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Braun, E. Schmidt, Ehrhard, Vogel, Rosemann, Barbknecht, Deratz, Schneider, Schulz, Fuß, Abo, Siebler, Czinhalski u. a. Die Debatte zeigte von einem glänzenden Solidaritätsgefühl für unsre arbeitslosen Kollegen. Gegen das Prinzip einer allgemeinen Ertragssteuer wandte sich niemand. Bemängelt wurde nur von einzelnen Rednern die Staffelung der Steuer und die vermittelnde Unvergleichlichkeit, die in Einzelsfällen darzulegen verlorcht wurde. Ein Antrag auf Abschluß der Debatte schloß den Rednerrott ab. Die Abstimmung ergab die nahezu einstimmige Annahme der Gausvorstandsanträge, die lediglich eine Kommentierung der Beschlüsse der Gausgeneralversammlung darstellten. Weiter wurde angenommen ein Antrag des Kollegen Braun, der die Einberufung einer Kreisamtsprüfung forderte zwecks gründlicher Erörterung des Arbeitslosenproblems mit dem Ziele der Unterbringung von Arbeitslosen. Weiter wurde ein Antrag angenommen, der sich gegen die „Doppelsteuern“ richtete. In solchen Fällen sei der Mann gehalten, seine Stellung aufzugeben, um hierfür einem Arbeitslosen Platz zu machen. Der Punkt 2 der Tagesordnung handelte von der Stilllegung der Betriebe und war mehr informatorischen Charakters. Kollege Albrecht berichtete hierbei über die vom Gausvorstand unternommenen Schritte. Wir Buchdrucker könnten unmöglich kostenlos zusehen, wie ein Betrieb nach dem andern verschwindet, oft unter Verhältnissen, die den allerchristlichen Protest rechtfertigen. Die beim Demobilisationskommissar beantragten Maßnahmen würden bald erkennen lassen, ob die in Frage kommenden Entlassenen willens sind, die ihnen zukommenden wirtschaftlichen Aufgaben ernstlich ins Auge zu fassen. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Auch das Reichswirtschaftsamt werde sich zur generellen Regelung der Stilllegung bzw. Verkaufs der Betriebe zu äußern haben; hier kämen Angehörige eines Wirtschaftsbetriebs in Frage, die nicht in der Lage sind, ihren erteilten Beruf so leicht umzustellen. (Beifall.) Eine Mitteilung über die ewig konsultationslästige Firma W. Wagner, wofolbst sich ein Teil des Personals (etwa 30 Mann) im Auslande befindet, beendete die äußerst anregend und von kollegialem Geiste befeuerte Versammlung.

Breslau. (Maschinenleher.) In der außerordentlichen Generalversammlung am 11. Juli, an der auch unser Gausvorsteher Fiedler und der Breslauer Ortsvereinsvorsteher Sporn teilnahmen, erstattete unser Vorsitzender Lorek Bericht über den Maschinenleherkongreß. Von auswärtig waren Kollegen aus den Bezirken Siegnitz, Glogau, Görlitz und Waldenburg erschienen. Nicht vertreten waren Hirschberg und Bis. Durch seinen ausführlichen Vortrag verstand es unser Delegierter, die Anwesenden zu fesseln; dies bewies auch die rege und sachliche Diskussion. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am Sonntag, 11. Juli, in Breslau abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Schlesischen Maschinenlehervereins hörte den Vortrag ihres Delegierten, Kollegen Lorek, über die Verhandlungen des Kongresses, erörtert ihre Zustimmung zu den dort gefaßten Beschlüssen, spricht der Zentralkommission für Vertrauen aus und gibt der Erwartung Ausdruck, daß unsre gerechten Forderungen auch durchgesetzt werden und der Sparte im Besonderen und unserm Beruf im allgemeinen zum Segen gereichen mögen.“

Dresden. Die Versammlung am 30. Juni erledigte nur den ersten Punkt unserer Tagesordnung: „Berichtserstattung über die Hauptversammlung des Verbandes“. Des unerquicklichen Meinungsfreies müde, verließ ein großer Teil der Kollegen während der Aussprache den Saal. Angenommen wurde von der stark gelichteten Versammlung trotzdem eine Entschlüsselung, welche die Nürnberger Beschlüsse billigt und für ihre Durchführung eintritt. — Die Versammlung am 9. Juli berief die Tagesordnung für den Sonntag, stellte die Kandidaten zur Delegiertenwahl auf und erörterte unser „Verbandsangelegenheiten“ die Gewährung der geleblichen Erwerbslosenfürsorge an Auslebende und Berküraarbeitslose sowie Mittel und Wege, wie die ungerechte, rüchständige und unsolare Anrechnung unserer Arbeitslosenunterstützung zu vermeiden sei. Gerade hier müßten die freien Gewerkschaften mit all ihrer Macht einsehen. Die vom Gausvorstand beantragte Anstellung des Gausvorstehers wurde nach eingehender Begründung und Aussprache gutgeheißen. Der vom Gausvorstand beschlossene Herabsetzung des Gaubeitrags um wöchentlich 50 Pf. wurde nicht allgemein zugestimmt. Wollte der Gau seinen trotz Übernahme der Gauzuschüsse auf die Hauptkasse ständig wachsenden Ausgaben nachkommen, so müßte der Gausbeitrag wieder etwas erhöhen.

Dresden. (Maschinenleher.) In der Versammlung am 4. Juli, in der Vertreter aus mehreren Gausorten anwesend waren, gab Vorsitzender Müller den Bericht über den Maschinenleherkongreß. Der Berichtserstatter schloß mit einer Mahnung, selbst mit Hand anzulegen, indem auf normale Arbeitsweise geachtet wird, um unsern Experten für Tarifrevisionen die Arbeit zu erleichtern. Beifall und Debatten bewiesen das Einverständnis der Versammelten. Beschlissen wurde, den Beitrag auf monatlich 1 Mk. zu erhöhen. Am 15. August soll ein Ausflug mit nachfolgendem gemütlichen Beisammensein veranstaltet werden.

-d. RStn. Am 18. Juli fand hier eine Bezirksvorsitzerkonferenz statt, zu der sämtliche Bezirksvorsitzer erschienen waren. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Gausvorsteher Albrecht die Veränderungen innerhalb des Gausvorstandes bekannt. Die Kollegen Georg Bongard (Schriftführer) und Derkatz (Beisitzer), beide lange Jahre im Amte, hatten eine Wiederwahl abgelehnt und wurden an deren Stelle die Kollegen Ferdinand Linden als Beisitzer und August Bongard als Schriftführer gewählt. Die Konferenz hatte sich u. a. mit einigen Anträgen zu befassen, die bereits auf der Tagesordnung des letzten Gaus Tags standen, aber nicht erledigt werden konnten, weil erst die Beschlüsse der Generalversammlung des Verbandes abgewartet werden mußten. Ein solcher Antrag war der betreffende die Rückvergütungen an die Bezirke. Da die Generalversammlung beschloß, den Gau den 12 1/2 Proz. zurückzuerstatten; folgend der Gausvorstand der Konferenz vor, den Bezirken hervor 8 Proz. zugewiesen. Der Vorschlag fand einstimmige Annahme. Aber die Verteilung der Rückvergütungen entspann sich eine längere Debatte, die verschiedene Anträge zeitsetzte. Schließlich fanden aber die Richtlinien für die Verteilung, die Kollege Krauß (Eisen) vorschlug, Annahme. Danach erhalten die Bezirkshauptämter 2 Proz. der Bezirkseinnahmen, die Bezirksvereine 1 1/2 Proz., die Ortsvereine 2 Proz. Der Ortseinnahmen zur Entschädigung der einzelnen Funktionäre und Vertrauensleute nach eigenem Ermessen, die restlichen 7 1/2 Proz. der Bezirkseinnahmen werden den Bezirken zur beliebigen Verwendung überwiesen. Aus der letzten Summe soll den Schlichtungsstellen ein angemessenes Entschädigung für ihre Mithewaltung gewährt werden. Ein Zufallsantrag: Die Bezirksvorsitzerkonferenz erachtet es als notwendig, daß in allen Bezirken Bezirkskassen bestehen, die für außerordentliche Aufwendungen in Anspruch zu nehmen sind, wurde allgemein gutgeheißen. Die Gehälter der Angestellten wurden den Beschlüssen der Generalversammlung gemäß geregelt. Weltere Punkte betrafen die Lehrungsorganisation und die Lehrungsordnung, wo sich rasch die einzulogenden Wege fanden. Kollege Albrecht machte sodann auf die Vorschläge des Verbandsvorstandes betreffend die neue Gauenteilung aufmerksam, doch könne sich namentlich der Gau Rheinland-Westfalen mit der Neueinteilung nicht zufrieden geben, da wir wichtige Bezirke, u. a. den Bezirk Bielefeld, verlieren und sonstige Abtrennungen erfolgen sollten. Die betreffenden Bezirksvorsitzer machten nach Erundlungen bei den von der eventuellen Abtrennung betroffenen Mitgliedern die Mitteilung, daß diese unbedingt beim Gau Rheinland-Westfalen zu bleiben wünschten. Zu den Anträgen der bevorstehenden Neugestaltung des Tarifs machte Kollege Albrecht den Vorschlag, in den einzelnen Orten Kommissionen zu wählen, die die eingehenden Anträge zu prüfen hätten. Damit war die Tagesordnung erledigt. Kollege Krauß (Eisen), der von der Generalversammlung zum zweiten Verbandsvorstand gewählt wurde, nahm in einer Rede Abschied von der Teilnahme der Konferenz, an deren Tagungen er so oft teilgenommen, worauf Kollege Albrecht dem Scheidenden herzlichste Abschiedsworte und den Dank für seine stets bereitete Mitarbeit in der Organisation abstatte. In seinem demütigsten Wirkungsbereich wünschte ihm die Konferenz viel Glück. Bei zukünftigen Gausaufgängen und Bezirksvorsitzerkonferenzen in Rheinland-Westfalen wird der Weggang des allbeliebten Kollegen Krauß eine merkliche Lücke hinterlassen.

Zwickau. In einer hier stattgefundenen, stark besuchten Bezirksversammlung erstattete Kollege Rastner Bericht über die Verbandsgeneralversammlung in Nürnberg. Maxau schloß sich eine ausgiebige Diskussion. Schließlich wurde eine Resolution gegen eine Stimme an-

genommen, worin erklärt wird, daß die Versammelten mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden sind und sich verpflichten, im Sinne dieser Beschlüsse zu handeln.

o o o o Rundschau o o o o o

Nachdemenswerte Beispiel. Gelegentlich einer Begrüßungsfeier für die aus dem Reich herbeigeleiteten Kollegen zur Volksabstimmung ließ Herr Hofbuchdruckermeister Fritz Kauter in Marienwerder bekanntmachen, daß er die Summe von 50.000 Mk. seinem Gesamtpersonal zur Verfügung stelle. Das Geld kam zur Verteilung, so jüngsten Laufburehen bis zum ältesten Gehilfen oder Angestellten bekam jeder seinen Teil. Es kamen Beträge von 75 Mk. bis zu 1200 Mk. zur Auszahlung, je nach der Geschäftsausgeburkeit. In dieser Zeit wirtschaftlicher Not löste die Spende freudige Dankbarkeit des Inhabers der Firma gegenüber aus.

Ein dunkler Punkt! Das „Börseblatt“ für den Deutschen Buchhandel“ beschäftigt sich in seiner Nr. 165 vom 27. Juli mit unserm Urteil unter vorliegender Stichmarke in Nr. 80 und konstruiert daraus Frank und frei: „daß der palierende Teil in der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker, die Gehilfenchaft, mit den hohen Ausschlägen von 900 bis 1000 Proz. nicht einverstanden ist“. Diese Schlussfolgerung ist nur dadurch möglich, daß das „Börseblatt“ unsre diesbezüglichen Ausführungen äußert verächtlich widertät und unsre Kommentierung der Anerkennung des Drucktarifstarfs auch durch die Gehilfenvertreter als einer sehr platonischen nur im ersten Teil abdruckt. Wir haben aber in Nr. 80 ausdrücklich betont: „daß die Gehilfenvertreter bei ihrer Zustimmung zu den jeweiligen Veränderungen des Drucktarifstarfs, besonders in den letzten Jahren, bei den Prinzipalsvertretern voraussehen, daß diese sich bei Aufstellung ihrer Forderungen auf Erhöhungen des Drucktarifstarfs ihrer moralischen Verantwortlichkeit nicht minder bewußt waren, wie die Gehilfenvertreter, die für die Berechtigung der Forderungen der Gehilfenchaft die Verantwortung übernahmen, ohne mit dieser Verantwortlichkeit auch die Prinzipalsvertreter zu belasten.“ Das kann doch nur belegen, daß die Berechtigung der Zuschläge zum Drucktarifstarf von den Gehilfenvertretern nicht angezweifelt wurde, weil die Gehilfenvertreter es als selbstverständlich voraussehen, daß die Prinzipalsvertreter sich ihrer moralischen Verantwortlichkeit für die nach „Treu und Glauben“ zulässigen Preisserhöhungen bewußt waren. Die heiligen Grundlagen der privatrechtlichen „Geschäftsgeschäfte“, nicht nur bei den Buchdruckerbetreibern, sondern auch beim Buchhandel wie im allgemeinen erschweren es außerordentlich, solche „Berechtigungen“ ohne weiteres nachzuprüfen. Der gute Glaube muß da sehr viel erleben. Dies bedingt auch, daß die Zustimmung der Gehilfenvertreter im Tarifabschlusse zu den von den Prinzipalsvertretern beantragten Abänderungen nur eine sehr bedingte sein kann. Verstoßen die Forderungen gegen allgemein anerkannte gewerbliche Grundzüge, und das müssen im allgemeinen die Antragsteller aus der eignen Praxis selbst beantworten, so haben sie sich eine bewußte Freilegung der Gehilfenvertreter zuzuschreiben kommen lassen. Sie können daraus kein Recht herleiten, sich auf die Zustimmung der Gehilfenvertreter zu berufen, wenn die Grundlagen ihrer Forderungen sich als unzulässig erweisen. Diese Zweifelhaftigkeit der Grundlagen des Drucktarifstarfs ist nun schon mehrfach deutlich aufgefallen; zunächst bei den nur 350 Proz. Ausschlägen für die Regierungsdrucker und der gleichzeitigen Bekämpfung der Errichtung weltlicher Staats- oder Gemeinbedruckereien, ferner durch die in Nr. 83 an dieser Stelle erwähnte Forderung von nur 750 Proz. für städtische Druckarbeiten in Darmstadt usw. Dazu kommt noch, daß wir in letzter Zeit mehrfach konstatierten konnten, daß Buchdruckermeister, die in puncto Preisstarf nicht wenig Nachgiebigkeit gegenüber ihrer Kunstschafft bewiesen, oft nicht nur die tariflichen Bedingungen für die Gehilfenchaft einwandfrei anerkennen, sondern noch darüber hinaus ihren Personalen besonders sozialen und materielles Verständnis entgegenbringen. Selbstverständlich heißt es unter den Preisstarfinfändern nicht an ausgetrochnen Lohnstarfinfändern. Aber wir verstehen offen, daß wir uns schon oft gewundert haben, daß gerade Buchdruckermeister, von denen uns bekannt war, daß sie bezüglich des Preisstarfs auf der „Schwarzen Liste“ stehen oder stehen müßten, bei uns in der Lohnfrage und unter der Stichmarke „Nachdemenswerte Beispiele“ zu finden waren. Und deshalb gefalten wir uns gerade in dieser Frage von einem „dunklen Punkt“ zu reden. In der „Beischrift“ wird die Bewilligung erhöhter Löhne als indirekte Ursache des Rückgangs der Druckaufträge und damit der allgemeinen Verkehrslehre der gewerblichen Lage bezeichnet, während wir dagegen feststellen können, daß Druckeretten (darunter sogar sogenannte Regierungsdrucker) sich gegenüber ihren Arbeitern nicht nur an die untersten Grenzen der tariflichen Vorschriften halten, sondern ihnen wesentlich höheres Entgegehen kommen zeigen. Daß sie dies tun können, trotzdem sie in Hinblick auf den Drucktarifstarf sich in ziemlich absteigender Linie bewegen, und sich auch nicht über schlechten Geschäftslage beklagen können, ja teilweise sogar in Doppelschicht arbeiten lassen müssen, um alle Aufträge bewältigen zu können, das ist eben der dunkle Punkt, der nicht dem Lohnstarf, sondern nur dem Preisstarf zur Last fallen kann. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß wir Gegner einer strengen Entlohnung eines Preisstarfs wären. Wir bedauern im Gegensteil, Abwägungen in diesem Umfang stellen zu müssen. Aber gerade die große Zahl dieser Vorköße (bei uns

häufen sich die Meldungen darüber täglich mehr) beweist uns, daß auf dem Gebiete des Preisstoffs unhaltbare Zustände vorhanden sind. Sie liegen aber lediglich auf Prinzipalstufe und wären einfach unmöglich, wenn der Lohnstarke fallend die maßgebende Grundlage für den Preisstarke bilden würde. Auch die Tatsache, daß immer höhere Konventionstarke für Besätze gegen den Preisstarke vom Deutschen Buchdruckerverein gefordert werden, beweist schließlich nur, daß die Höhe des Preisstarke solche Opfer ertragen lassen, wenn diese Konventionstarke nicht nur ein Bluff sein wollen!

Großfabrikabwanderung? In Bad Nöben veräußert der Besitzer einer großen Badeanstalt auf der Rudolfsburg-Promenade seinen Besitz an eine Vereinigung Berliner Buchdruckereien, die daraus ein „Unternehmen“ mit eigener Siedlung errichten will.

Wucherererte einer Farbenfabrik. Bezüglich der Nöls in Nr. 79 unter vorstehender Signatur blickt uns die Geschäftsstelle des Druckfarbenverbandes C. B. in Berlin (Borsicher Platz 3) um Feststellung, daß die genannte Farbenfabrik Baner & Co. zu Verhufen keine Buchdruckfarbenfabrik, sondern eine Minilinfabrik sei. Wörtlich wird dann in der gleichen Fußnote noch mitgeteilt: „Gerade die Minilinfabrikfabriken sind es, die durch ihre hohen Farbstoffpreise hauptsächlich dazu beitragen, daß die Druckfarbenpreise nicht herabgesetzt werden können. Alle Eingaben an diese Werke, und alle sonstigen Bemühungen der Druckfarbenfabriken sind bis jetzt erfolglos geblieben. Es ist außerordentlich bedauerlich, wenn durch derartige Nachrichten unnötige Spannungen zwischen die Kreise der Verbraucher und Erzeuger getragen werden. Wir brauchen nicht zu betonen, daß auch für uns die enormen Preise keine Annehmlichkeiten bedeuten und daß wir letztlich den Augenblick herbeiwünschen, wo es uns gelfen könnte, wieder billiger anzubieten, als das heute geschehen kann.“ Da wir noch von keiner deutschen Buchdruckfabrik bisher gehört haben, daß sie sich bereit erklärt hätte, der Öffentlichkeit gegenüber genaue, d. h. beweiskräftige Rechnungen über ihre Ausgaben und Einnahmen abzulegen, so können wir auch diesen Einwendungen keine große Bedeutung beilegen. Es ist auch hier das alte Lied! Einer schleibt die Schuld auf den andern; keiner will an den hohen Preisen Schuld sein. Unglück sind sich dagegen die meisten Unternehmer in der Auffassung, daß die hohen Preise an den hohen Preisen allein Schuld seien. Nur bleibt dann immer noch das große Rätsel, warum sich fast das gesamte Unternehmertum so enerisch dagegen wehrt, daß z. B. den Betriebsräten eine

genaue Einsicht in die Geschäftsbücher eingeräumt wird? Wir erkennen daher gern an, daß die Minilinfabrikfabriken den größten Reibach einladen, daß aber die Buchdruckfabriken von dieser Liebhaberei so frei sein sollten, wie uns der Druckfarbenverband glauben machen möchte, erlauben wir uns mit einem großen Fragezeichen zu versehen!

Zum Verbot von Arbeitsmarktliteratur unter Schilfe. Am 7. November 1918 erschien eine Verordnung des Demobilisierungskommissars, in der den Zeitungen die Aufnahme von Inseraten für den Arbeitsmarkt, ob direkt oder durch Schilfe, untersagt wurde. Diese Verordnung sollte im Interesse der Arbeitssuchenden erlassen worden sein. Auf Grund dieser Verordnung lauten vor einiger Zeit die Redaktionen sämtlicher in Dresden erscheinender Tageszeitungen einen Strafbefehl erhalten, weil sie alle gegen diese Verordnung gemündigt hatten. In sämtlichen Blättern waren Arbeitsmarktliteratur, teils direkt, teils unter Schilfe, aufgenommen worden. Sämtliche Zeitungsredaktionen Dresdens erhielten Strafbefehle und beantragten gerichtliche Aufhebung. Das Dresdner Schöffengericht erkannte auf Freispruch. Anders das Schöffengericht Radeberg. Dort hatte der Buchdruckermeister und Verleger der „Radeberger Zeitung“, Horbler, ebenfalls in derselben Angelegenheit einen Strafbefehl erhalten und gerichtliche Aufhebung beantragt. Das Schöffengericht Radeberg verurteilte S. zu 100 Mk. Strafe. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein, worauf sich die dritte Strafkammer des Dresdner Landgerichts mit der Angelegenheit zu befassen hatte. Vor dem Berufungsgericht führte der Verteidiger unter anderm aus, daß die Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom August 1914 erlassen sei. Der Reichstag hat aber diese Verordnung nicht nachträglich bekräftigt, da er nach dem 7. November 1918 nicht wieder zusammengetreten ist. Die Verordnung erlaßt das ganze Zeitungsgewerbe, müßte aber den Arbeitssuchenden und den Erwerbslosen nicht. Außerdem verstößt die Verordnung auch gegen die Freizügigkeit, da sich kein Angestellter verändern und kein Arbeitgeber andres Personal suchen könnte. Die Verordnung sei unhaltbar. Der Staatsanwalt trat für Verwerfung der Berufung ein. Das Gericht erkannte nach dem Antrag des Staatsanwalts, Da der Berufung Revision einlegt, darf man auf die Entscheidung des Oberlandesgerichts gespannt sein. Gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Dresden gegenüber den Dresdner Zeitungen hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

Gesforben

In Barmen am 16. Juli der Seher Karl Eickberg, 50 Jahre alt.
In Dresden am 21. Juli der Seher Joseph Späte aus Wilsen, 29 Jahre alt — Selbstmord durch Vergiftung.
In Burg b. M. am 25. Juli der Seher Michael Blas aus Weissenh. 52 Jahre alt — Herzschlag.
In Chemnitz am 17. Juli der Seher Friedrich August Schneider, 72 Jahre alt — Schlaganfall.
In Düsseldorf am 11. Juli der Seher Wilhelm Stein, 60 Jahre alt.
In Ulm am 19. Juli der Seherinvalide Peter Zinner, einer der 50-jährigen Verbandsjubilare vom 20. Mai 1916, von dort, 82 Jahre alt.
In Frankfurt a. M. am 14. Juli der Korrektor Georg Wachtel aus Grünkönig 61, 41 Jahre alt.
In Freiburg im Br. am 22. Juli der Seherinvalide Joseph Kall, 64 Jahre alt.
In Bresenbrunn am 10. Juli der Faktor Theodor Firk aus Meßel, 57 Jahre alt.
In Bismarck am 20. Juli der Trauerinvalide Christian Eimer von dort, 40 Jahre alt.
In Magdeburg der Seher Heinrich Niemann aus Farsleben, 35 Jahre alt.

Briefkasten

D. B. in Br. i. A.: Wir vermissen in der Einsendung jeden positiven Beleg; mit allgemeinen Besenständen kann das nicht geschehen werden. Wir müssen daher die Berücksichtigung ablehnen. — **M. A. in Br.:** Derartige Einsendungen unterliegen nicht der Befähigung der Korrespondenten, da die Kritik solcher Vorkommnisse im Interesse der Allgemeinheit nicht von beruflichen Verhältnissen abhängig gemacht werden kann. — **S. A. in Br.:** Ich sehe an der Reihe; beide Wünsche werden gern berücksichtigt. — **M. A. in Br., C. P. in Br. und W. B. in Br.:** Wird aufgenommen.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511.
Fernsprecher: Arnim Kurfürst, Nr. 1191.

San Olympien. Der Seher Ernst Köhner (Hauptbuchnummer 94633) wird aufgefordert, seinen Verpfändungen in Bellingshül (Olymp.) nachzukommen, widrigenfalls Ausschluss erfolgt. Die Herren Funktionäre werden ersucht, hierauf aufmerksam zu machen.

Arbeitslosenunterstützung

Zeichnungs-Kongress. Die Ausschreibung des Geschenkes für durchreisende Kollegen findet nur durch den Ortsvereinskassierer H. Trillisch, Neubrück, Tennenberg Straße 21, statt.

Verammlungs-kalender

Dresden. Majorienmeistererjammlung Sonnabend, den 7. August, abends 6 Uhr, im „Volkshaus“ (Gesellschaftsraum).
Jena. Verammlung Sonnabend, den 7. August, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

An die Kollegenchaft Leipzigs!

Da wir wie bisher auch im Monat August den Vertriebsarbeitern einen Teil der Kosten des „Kor.“ zur Verfügung stellen, bitten wir die Vertrauenspersonen, den Betrag hierfür zu wollen und dem Einmüßigen, Kollegen Müßius, auszubilden. Kranke, invalide und arbeitslose Kollegen können den „Kor.“ zum Betrage von 22 Pf. auf dem Gausbureau oder Arbeitsnachweis einbringen. Der Kleinschnitt.

Maschinenmeisterverein Plauen

Am Sonntag, 8. August, vormittags 10 Uhr, findet im Restaurant „Bürgergarten“, Annenstraße, Verammlung statt, wozu alle Mitglieder und alle zum Bezirk Plauen gehörenden Maschinenmeister hiermit eingeladen werden. [876]
Tagesordnung: 1. Bericht vom Maschinenmeisterkongress vom Kollegen Baufeit (Leipzig). 2. Wahl einer technischen Kommission. 3. Technisches. 4. Tarifliches. 5. Verschiedenes.
Der Vorstand: J. M. Alfred Rühler.

M.-G.-B. „Gutenberg“ Erfurt

Ausstellung: Herr Chormelner Bruno Meyer, Sonnabend, den 14. August, abends 6 Uhr im Restaurant „Zum Blumenhau“ (Sangsbruder Tempel) großer Sommerball, wozu wir unsere werken Mitglieder und deren Damen herzlich einladen.
Der Vorstand.

Solider, älterer, erfahrener Seher

Wir neuangelegte Aktiendruckerei in Frankfurt a. M. als Teilhaber mit etwa 25000 Mk. Einlage gesucht. Offerten unter Nr. 881 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Suche für sofort einen klüglichen Zeitungsschreiber
Angebot unter Nr. 871 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Typographischer
(Modell A), unverheiratet, für Nachtschicht sofort gesucht. [868]
„Meißnische Landeszeitung“,
Münster l. W., Kanalstraße 91.

Schreibe
der lateinischen Sprache müßig, werden unter guten Bedingungen gesucht und finden dauernde Beschäftigung. [872]
Auch ein bewandelter

Maschinenmeister
(Hauptsächlich sprachend bevorzugt) wird sofort gebraucht. Offerten mit Photographie, welche zurückgeschickt wird, erbittet Buchdruckerei „Litania“, Merseburg.

Schreibe
in dauernde, selbstständige Stellung nach Leipzig gesucht. Off. Angebote unter Z. 888 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schreibe
neuausgelernt. Gutes in Zeitungs- und Abzählungsbücherei, der auch an Schnellpreffe und Linolea ausgeben kann, sucht Stellung in Süd- oder Westdeutschland. Freie Stellen im Rest angenehm. Off. Angebote unter Rst. 888 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.
19-jähriger, fleißiger

Schreibe
mit guten Empfehlungen, in Zeitungs- und Abzählungsbücherei bewandert, sucht Stellung. Harber Hülser, Reslitzhaußen, Safflerwall 21.

Schreibe
(Abzählung und Tabellen), 25 Jahre alt, ledig, wünscht sich zu verändern, möglichst vor ihm Gelegenheiten nebenden, für in Aussicht weiter auszubilden. Off. Angebote unter W. V. 877 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Monolinefeger
Sucht sofort Stellung. Angebote unter Nr. 882 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Buchdruckfachmann
Kriegsbeschädigt, linken Arm verloren, 26 Jahre, gelehrter Seher, Meißner (11), zwei Jahre Konfektions-, firm in Buchhaltung, Papierverwaltung und einwärts, Malheur, Korrekturlesen und Gesamtberichterstattung, Besuch der Bundeshochschule, such ich zum 1. Oktober in auskömmliche Stellung zu verändern. Off. Angebote unter A. B. 873 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Welcher Kollege
will sich selbstständig machen? Beihauhe kleine Abzählungsbücherei, ungedruckt, mit allem Zubehör, zu zwei Drittel des Wertes. [884]
Sittler, Berlin, Senefelderstraße 2 (Laden) 5-7.

Buchdruckerei
Gebrauchte, gut erhaltene [885]
kleinen Formats zu kaufen gesucht.
Steinisch, Elberfeld, Bachstraße 68.

Schnellpreffe
41: 58, bestens erhalten, sofort lieferbar, preiswert abzugeben. [887]
Bezner & Moll, Düsseldorf.

Eine Probe
reinen Abzählungsbücherei
Gleichzeitige in Kollegenreisen beliebigen reinen Abzählungsbücherei (Hörschnitt pro Hund 30 Mk., Mittel-Hörschnitt 28,50 Mk., Großhörschnitt 27 Mk.) in Qualität [880]
sein und aromatisch im Geschmack.
Für zur Dauermarkt.
In Qualitätsgütern 70, 80, 90, 100, 120 Pf. das Stück.
In Abzählungsbücherei von 45 Pf. an. Bei Mehrabnahme erhalten Kollegen Gutspreise!
Paul Born, Herberich a. d. E., Oberlandstraße 1711, (Schlitz, d. R. d. R. d. R.) [881]
Korrespondenz-Bücherei (Hörschnitt).

Maschinenband
Friedensqualität, liefern [603]
Bezner & Moll,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Rakulationsunterricht
erleilt brieflich [833]
Rakulationsbureau Hrbogaß
Freiburg i. Br., Schwarzwaldbühlstraße 91.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Ausschließung durch die Barmen. Aussaugewerkschule.
München, Schwandlstraße 83.

Zigaretten
das beste und billigste Raucherempfehlung zu 35, 45 und 55 Stück pro 100 Stück, vorzügliche Kammer Stumpfen, vorzügliche Qualität, etwa 10 cm lang, 58 Mk. pro 100 St. (Kassette 70 Pf.). Feiner Zigaretten (reiner Tabak) 20, 22, 24, 28, bis 49 Mk. pro 100 Stück, nur an Privats zu verkaufen; bei 500 Stück franco.
Rauchtabak
In drei vorzüglichen Sorten: „Märke“, „Konkum“, 24,50 Mk. „Sedat“, 28,50 Mk., „Zinsler“, 20 Pf. pro Hund. Als 5 Pfund franco!
Viele Anerkennungsbriefe.
Ein Versuch überzeugt!
Tabakverhandlung Domus, [833]
München, Schwandlstraße 83.

Das Betriebsratgefeh
Heller Vorstand des Geschehes mit ausüblicher Einführung von Paul Hindrich, Schriftleiter des „Korrespondenzblattes“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegen Einsendung von 2,50 Mk. Frankozulassung durch
A. Stegl, München 9. [454]

Jack Schwarckmann
zurückgekehrt aus Australien, wird von sofortige Nachrich über seinen Aufenthaltsort ersucht durch [883]
Familie Susaks,
per Adresse St. Ailin, Ailin a. Kh.,
Grafstraße 54.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterchaft ins Leben gerutene
Volksfürsorge
Gewerkchaft - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktionsgesellschaft
Hamburg 5
überall eingeführt wird. Meldet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunf.

Für die Gehilfenprüfung
empf. geeignete Fachlehrbücher. Graph. Verl. A. Stegl, München 9. Katalog 50 Pf.

Friß Heine
Durch den unglücklichen Weltkrieg hatte er sich ein Lungenleiden zugeogen. Sein vertragliches, kollegiales Wesen liehrt ihm ein erfindendes Denken.
Der Verbandskollege der Firma Jul. Altkhardt, Leipzig.

Am 22. Juli verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftleiter
Willi Geiser
im Alter von 22 Jahren. Wir werden dem so früh Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. [863]
Das Personal der Schriftleiter Emil Gerch, Berlin.